A 015 Gewerkschaft ver.di

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen

Für eine solidarische Gesellschaft

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB und seine Gewerkschaften wirken in Betrieben und Verwaltungen, in der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit verstärkt darauf hin, die Grundwerte Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität wieder stärker zu verankern.

Über die Akzeptanz politischer Forderungen aber auch über die Verankerung gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von Gesetzen und Regeln entscheiden nicht nur Interessen und Meinungen, sondern die Vorstellungen, die die Menschen für wert halten.

Darum müssen wir gerade in dieser Zeit der Krise unsere Werte offensiv darlegen und als Grundlage unseres politischen Handelns wie unserer Forderungen deutlich machen:

- Alle Menschen haben das Recht, Rechte zu haben und diese Rechte in Freiheit so auszuüben, dass sie die Freiheitsrechte anderer zugleich anerkennen und ermöglichen.

- Freiheit ist die Freiheit zum politischen Handeln, zur freien Meinungsäußerung und zum demokratischen Engagement.

- Freiheit ist die Freiheit von politischer Unterdrückung, Überwachung, Einschränkung und Behinderung der Meinungsfreiheit.

- Freiheit ist Freiheit von Armut, Not und Ausbeutung und damit die unbedingte Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens, in Verantwortung für andere.

Darum kann Freiheit umfassend nur in einer sozial gerechten Gesellschaft verwirklicht werden.

Soziale Gerechtigkeit beruht auf der Gleichheit aller Menschen als gleich geborene und verlangt die gerechte Verteilung des Reichtums, aber auch die gleiche Teilhabe aller an Bildung, Kultur, öffentlichen Gütern. Gerechtigkeit bedeutet Gleichberechtigung der Geschlechter und die Ablehnung jeder Diskriminierung.

Solidarität wächst aus der Fähigkeit der Menschen zu Anteilnahme am Schicksal der des anderen. Entgegen allen Versuchen der Entsolidarisierung ist die Bereitschaft, am Schicksal anderer Anteil zu nehmen nach wie vor groß. Dazu gehört die Solidarität mit den Armen und den Ausgegrenzten, aber auch die Bereitschaft zum solidarischen Handeln in der Gesellschaft.

Solidarität bleibt die unverzichtbare Grundlage des Sozialstaates und einer auf Solidarität gegründeten sozialen Sicherung.

Wir Gewerkschaften setzen auf die Solidarität auf der Grundlage gleicher Interessen und gemeinsamer Überzeugungen als Voraussetzung unseres Handelns, der nationalen wie der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen Grundlage gesellschaftlicher Ordnung sein das Handeln der Menschen in der Gesellschaft wie der Politik leiten.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschenwürde respektiert und anerkannt wird.

Wir engagieren uns für eine Arbeitswelt, in der viele Menschen gute Arbeit haben.

Wir streiten für eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Reichtums, die allen ein planbares und die Existenz sicherndes Einkommen ermöglicht.

Wir wollen einen Sozialstaat, der ein Leben frei von Armut und Not durch gegenseitige Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit verwirklicht.

Wir fordern das Recht auf Bildung und Ausbildung, um allen Menschen gleichen Zugang zu guter Arbeit aber auch zu einem guten und selbstbestimmten Leben zu ermöglichen.

Ein selbstbestimmtes Leben für alle ist nur möglich auf der Grundlage von Gleichberechtigung und dem Verbot jeglicher Diskriminierung.

Ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft muss ein Leben in Verantwortung für andere auch in Familien und Lebenspartnerschaften sein.

Zu dieser Verantwortung gehört auch die Verantwortung für das Überleben der Menschheit angesichts der Krisen des Weltklimas aber auch die Verantwortung für das Leben von Millionen angesichts der weltweiten Hungerkrise, der Millionenfachen Ausbeutung und Unterdrückung und der Kriege und Bürgerkriege in vielen Teilen dieser Erde. Darum ist unsere Vision die Vision einer Weltordnung, in der alle Menschen das Recht auf Nahrung, Wasser, Arbeit, Bildung, körperlicher Unversehrtheit, persönlicher und politische Freiheit haben.

Ein unbegrenzter, schrankenloser globaler Kapitalismus kann eine solidarische Gesellschaft nicht verwirklichen. Im Gegenteil: Ungeheure Produktivität und wachsende Ungleichheit und Ungerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Entwicklung. Darum muss er durch die Staatengemeinschaft- vor allem durch demokratisch legitimierte Politik eingegrenzt, geregelt, auf nachhaltiges Wachstum, den Schutz der Umwelt verpflichtet und durch Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie kontrolliert werden.

Mit der Weltwirtschaftskrise ist das neoliberale Dogma gescheitert. Aber nicht zuletzt die politischen Entwicklungen in Deutschland und in anderen europäischen Ländern zeigen, wie tief neoliberale Werte und Weltdeutungen über die an neoliberaler Politik interessierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten und organisierten Interessen hinaus in breiten Schichten der Bevölkerung bis hinein in die Mitgliedschaft der Gewerkschaften nach wie vor verankert sind.

Es reicht nicht aus neoliberale Politik zu kritisieren, zu verurteilen und zu bekämpfen. Vielmehr müssen wir Gewerkschaften ebenso wie alle anderen Bewegungen, Organisationen und politischen wie wissenschaftlichen Denkrichtungen, die sich einer solidarischen Gesellschaft verpflichtet sehen, ihre Kritik grundsätzlich begründen und dafür engagieren.

Im Vordergrund dieser Auseinandersetzung steht der Wert der Freiheit. Freiheit und Selbstbestimmung durch die wirtschaftliche Freiheit auf möglichst wenig geregelten Märkten, Freiheit und Selbstbestimmung durch ein hohes

Maß an Eigentum, an verfügbaren Ressourcen, verbunden mit der Möglichkeit ein von staatlicher Bevormundung freies und selbstbestimmtes Leben zu führen, dieses Freiheitsverständnis bestimmt den neoliberalen Wertekanon.

Verbunden wird dieser Freiheitsbegriff mit dem der an wirtschaftlichem Erfolg gebunden Wert der Leistungsgerechtigkeit. Unter dem Motto „Leistung muss sich wieder lohnen" sollen die so genannten Leistungsträger die Eliten in Wirtschaft und Gesellschaft von ihrer besonderen Verpflichtung durch Steuern und Sozialabgaben zur Finanzierung des Sozialstaates beizutragen, weitgehend entbunden werden.

An die Stelle einer solidarischen Absicherung gegen die grundlegenden Risiken des Lebens soll die private Eigenvorsorge treten. Wenn aber jeder nur für sich sorgt, sorgt niemand mehr für die anderen. In einer von Eigenvorsorge bestimmten Sozialordnung bleibt dem Staat nur noch die Aufgabe, eine minimale soziale Grundsicherung für alle durch ein Bürgergeld zu organisieren, das aber im Sinne der Leistungsgerechtigkeit durch Bürgerarbeit verdient werden muss.

Dieser neoliberale Begriff von Freiheit und Gleichheit ist attraktiv für alle, die sich den individuellen Aufstieg in Konkurrenz mit Anderen zutrauen. Sie orientieren sich ausschließlich an einem Leitbild von gesesellschaftlicher Ungleichheit, das von einer unterschiedlichen Leistungsfähigkeit ausgeht. Sie lehnen den Sozialstaat und die solidarische Sicherung als Bevormundung ab und deshalb wollen sie das Bild eines bevormundenden und übermächtigen Staates, der Ressourcen verschleudert und Untätigkeit belohnt, im öffentlichen Bewusstsein verankern.

Darum ist eine offensive Auseinandersetzung in der Gesellschaft, der Öffentlichkeit und auch in der Politik notwendig und auch möglich. Zum einen wurden und werden die Kehrseiten eines neoliberalen Weltbildes – ein ungebremster Egoismus, soziale Kälte, gnadenlose Konkurrenz und Rücksichtslosigkeit – vor und auch in der Krise immer sichtbarer. Die Folgen der systemisch geforderten aber individuell geförderten Gier im Weltfinanzsystem sind ebenso deutlich geworden wie die Auswirkungen gnadenloser Konkurrenz und eines rücksichtslosen Egoismus auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit auch den sozialen Frieden.

Zum anderen hält die große Mehrheit der Menschen an ihrem auf sozialer Gerechtigkeit beruhenden Wertverständnis fest. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für sie Verteilungsgerechtigkeit, Sicherheit das Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz und Sicherheit bei den Risiken des Lebens, Solidarität die gegenseitige Unterstützung und eine nach individueller Leistung gestaffelten Leistung für den Staat und die soziale Sicherheit.

Gewerkschaften sind Interessensvertretung, erbringen Dienstleistungen für ihre Mitglieder und sind zugleich soziale Bewegung für eine solidarische gerechte und freiheitliche Gesellschaft. Darum stellen wir einem in der Krise gescheiterten neoliberalen Dogma unsere Werte von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität entgegen.